

Antrag

der Abgeordneten Josef Philip Winkler, Viola von Cramon-Taubadel, Volker Beck (Köln), Memet Kilic, Marieluise Beck (Bremen), Ingrid Hönlinger, Katja Keul, Tom Koenigs, Jerzy Montag, Kerstin Müller (Köln), Dr. Konstantin von Notz, Omid Nouripour, Claudia Roth (Augsburg), Manuel Sarrazin, Dr. Frithjof Schmidt, Wolfgang Wieland und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für wirksamen Rechtsschutz im Asylverfahren – Konsequenzen aus den Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Union und des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte ziehen

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

1. In einem Urteil vom 21. Dezember 2011 in den verbundenen Rechtssachen C-411/10 und C-493/10 hat der Gerichtshof der Europäischen Union (EuGH) unmissverständlich klargestellt, dass ein Asylbewerber nicht in einen Mitgliedstaat überstellt werden darf, in dem er Gefahr läuft, unmenschlich behandelt zu werden. Der EuGH hat ferner entschieden: Das Unionsrecht lässt keine unwiderlegbare Vermutung zu, dass die Mitgliedstaaten die Grundrechte der Asylbewerber beachten.

Der Gerichtshof stellte fest, eine Anwendung der Verordnung (EG) Nr. 343/2003 (Dublin-II-Verordnung) auf der Grundlage einer unwiderlegbaren Vermutung, dass die Grundrechte des Asylbewerbers im zuständigen Mitgliedstaat beachtet werden, ist mit der Pflicht der Mitgliedstaaten zur grundrechtskonformen Auslegung und Anwendung der Verordnung unvereinbar.

2. Zuvor hatte bereits der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) in einer Grundsatzentscheidung vom 21. Januar 2011 im Verfahren M.S.S. (Beschwerde-Nr. 3096/09) aus Artikel 3 in Verbindung mit Artikel 13 der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK) die Verpflichtung der Vertragsstaaten abgeleitet, vor einer Überstellung an den zuständigen Mitgliedstaat im Rahmen einer Einzelfallprüfung die Einhaltung der aus Artikel 3 EMRK folgenden Verpflichtungen durch den zuständigen Mitgliedstaat zu prüfen. Artikel 13 (in Verbindung mit Artikel 3) EMRK sei dann verletzt, wenn es vor einer Überstellung für den Betroffenen keine Möglichkeit gibt, gegen die Entscheidung, ihn in einen anderen Mitgliedstaat zu überstellen, wirksame Rechtsmittel einzulegen.
3. Schon die Entscheidung des EGMR hat unmittelbare und weitreichende Folgen für den Rechtsschutz im Asylverfahren in Deutschland. Denn die deutsche Regelung, wonach die aufschiebende Wirkung von Rechtsmitteln gegen eine Dublin-Überstellung ausgeschlossen ist, ist mit der Europäischen Menschenrechtskonvention nicht vereinbar.

Zwar hatte sich der EuGH nicht unmittelbar mit der Frage des Eilrechtsschutzes gegen Überstellungen an den zuständigen Mitgliedstaat auseinanderzusetzen, gleichwohl folgt aus der Verweisung des Gerichtshofs auf die Ausführungen des EGMR in M.S.S. mit hinreichender Klarheit, dass in derartigen Fällen wirksamer Eilrechtsschutz zu gewährleisten ist.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf,

unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen, mit dem der in den §§ 27a, 34a Absatz 2 und § 75 des Asylverfahrensgesetzes (AsylVfG) vorgesehene Ausschluss des vorläufigen Rechtsschutzes gegen Überstellungen im Rahmen der Dublin-II-Verordnung aufgehoben wird und gegen derartige Überstellungen im deutschen Recht ein effektiver Rechtsschutz gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention und europarechtlichen Vorgaben festgeschrieben wird.

Berlin, den 24. Januar 2012

Renate Künast, Jürgen Trittin und Fraktion

Begründung

Seit den mit dem ersten EU-Richtlinienumsetzungsgesetz 2007 eingeführten Änderungen wurde über § 34a Absatz 2 AsylVfG der einstweilige Rechtsschutz gegen Entscheidungen im Verfahren nach der Dublin-II-Verordnung generell ausgeschlossen. Vom Ausland aus kann ein effektiver Rechtsschutz vor deutschen Verwaltungsgerichten nicht greifen. Ein Rechtsbehelf ist nur dann wirksam, wenn irreparable Folgen, wie sie durch die sofortige Vollziehung einer hoheitlichen Maßnahme vor deren gerichtlicher Überprüfung eintreten können, soweit als möglich ausgeschlossen werden können.

Die große Mehrheit der Verwaltungsgerichte setzt sich seit einiger Zeit in Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes gegen Abschiebungsanordnungen des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) über den Wortlaut des § 34a Absatz 2 AsylVfG hinweg. Zur Begründung wird von den Gerichten ausgeführt, die Bestimmung des § 34a Absatz 2 AsylVfG sei verfassungskonform dahingehend auszulegen, dass sie entgegen ihrem Wortlaut die Gewährung einstweiligen Rechtsschutzes im Zusammenhang mit geplanten Abschiebungen auf der Grundlage der Dublin-II-Verordnung nicht generell verbiete.

Der EGMR hat in der Entscheidung M.S.S. gegen Belgien und Griechenland festgestellt, dass ein Schutzsuchender in jedem Fall vor einer Rückführung in einen anderen EU-Mitgliedstaat die Möglichkeit einer effektiven rechtlichen Überprüfung mit aufschiebender Wirkung haben muss. Eine solche Möglichkeit gibt es aber nach geltendem deutschen Recht nicht.

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hatte daher am 23. Februar 2011 einen Antrag (Bundestagsdrucksache 17/4886) eingebracht, mit dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, die deutsche Rechtslage den Vorgaben der Europäischen Menschenrechtskonvention anzupassen. Dieser Antrag wurde bedauerlicherweise von den Koalitionsfraktionen der CDU/CSU und FDP abgelehnt.

Der EuGH hat nunmehr die vom EGMR vorgegebene Richtung bestätigt. Er hat entschieden, Artikel 4 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union sei dahin auszulegen, dass es den Mitgliedstaaten einschließlich der nationalen Gerichte obliege, einen Asylbewerber nicht an einen Mitgliedstaat zu überstellen,

in dem er Gefahr läuft, unmenschlich behandelt zu werden. Eine unwiderlegbare Vermutung – wie sie auch im deutschen Recht enthalten ist –, dass die Mitgliedstaaten die Grundrechte der Asylbewerber beachten, verwirft der EuGH ausdrücklich. Somit ist jeder vertretbaren Behauptung eines von der Überstellung an den zuständigen Mitgliedstaat betroffenen Asylsuchenden, dort bestehe für ihn eine konkrete Gefahr, einer Artikel 3 EMRK zuwiderlaufenden Behandlung ausgesetzt zu werden, in einem summarischen Eilrechtsschutzverfahren nachzugehen.

Das Unionsrecht enthält für alle Mitgliedstaaten verbindliche Normen und Handlungsanweisungen, welche entgegenstehendes nationales Recht – einschließlich des Verfassungsrechts – verdrängt. Nach der Klarstellung durch den EuGH, dass das Unionsrecht keine unwiderlegliche Vermutung der Sicherheit der Mitgliedstaaten kennt, dürfen die §§ 27a und 34a AsylVfG nicht mehr angewandt werden.

Es erscheint daher dringend geboten, die menschen- und europarechtswidrigen Bestimmungen des deutschen Rechts aufzuheben und im deutschen Recht effektiven Rechtsschutz gemäß der Europäischen Menschenrechtskonvention und unionsrechtlichen Vorgaben festzuschreiben.

